

KASHMIR: JAHRZEHENTE ALTES PROBLEM

In Kashmir hat sich die politische Lage weiter zugespitzt. Das Gebiet, das das heutige pakistanische Azad-Kashmir, das nördlich davon liegende Baltistan und Gilgit, und das indische Jammu und Kashmir einschloß, wurde bis 1949 von einem hinduistischen Maharaja regiert. Nach der Auflösung Britisch-Indiens in die Staaten Indien und Pakistan im Jahre 1947 entzündete sich am Streit um den Gebietsanspruch dieser Region der erste Krieg beider Staaten, der 1949 eine Teilung Kashmirs zur Folge hatte: in den nördlichen Teil Azad Kashmir und Jammu und Kashmir. Die Bevölkerung beider Landesteile setzt sich neben einer hinduistischen und buddhistischen Minderheit überwiegend aus Muslimen zusammen. Schauplatz des aktuellen Konflikts ist das indische Jammu und Kashmir. Die muslimische Mehrheit dort - ihre Zahl wird auf 3,6 Millionen geschätzt - fordert ihre Unabhängigkeit.

Der seit zwei Jahren eskalierende Streit weitet sich zusehends zum offenen Grenzkonflikt zwischen Indien und Pakistan aus. Entstanden war der 'Kashmirkonflikt' unmittelbar nach der Aufteilung des indischen Subkontinents in die beiden unabhängigen Dominien Indien und Pakistan durch den 'Indian Independence Act' von 1947. Dieser räumte den indischen Fürsten das Recht ein, ihre Territorien dem pakistanischen bzw. indischen Staat anzugliedern.

Aufständische Muslime verbündeten sich mit Stammesangehörigen, den Pathans, aus der nordwestlichen Grenzprovinz (NWFP) und kämpften unter Befehl des Ex-Majors Khurshid Anwar bis sie Srinagar und andere Städte in ihre Gewalt gebracht hatten. Indien reagierte mit dem Einmarsch seiner Truppen. Auf Vorschlag des damaligen indischen Generalgouverneurs Sir Mountbatten, sollte das 'Zugehörigkeitsproblem' Kashmirs durch die dort

lebende Bevölkerung gelöst werden. In Verhandlungen mit Pakistans Generalgouverneur Muhammad Ali Jinnah legten beide Staaten folgende Lösungen vor: Indien bot eine Volksabstimmung an, unter der Voraussetzung, daß die revoltierenden Stammesangehörigen abzögen. Damit war Pakistan, das Truppen nach Kashmir ausgesandt hatte, nicht einverstanden. Jinnah forderte einen Waffenstillstand und eine völlige Endmilitarisierung der Region. Danach sollte Kashmir unter die Schirmherrschaft der Generalgouverneure beider Staaten gestellt werden. Ein darauf folgendes Plebiszit hätte dann die endgültige Entscheidung über die Zukunft Kashmirs bringen sollen. Dieser Vorschlag wurde von Indien abgelehnt. Indien reichte Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat ein. Pakistan mische sich in indische Angelegenheiten ein, hieß es. Im Januar 1948 schuf der Sicherheitsrat die UN-Kommission für Indien und Pakistan (UNCIP), die 1948/49 nach Verhandlungen mit den Führern beider Staaten die Waffenruhe herstellte. Ein darauffolgendes Friedensabkommen sollte einen dauerhaften Waffenstillstand garantieren. Es kam jedoch nicht zu einer Unterzeichnung. Kashmir wurde durch die 'cease-fire-line' zweigeteilt. 1962, nach dem indisch-chinesischen Krieg, wurden weitere Versuche seitens beider Länder unternommen, den Kashmirkonflikt beizulegen. Doch aufgrund Regierungsumbildungen kam es nicht zu den gewünschten Verhandlungsergebnissen. Seit 1965 wurden die Zusammenstöße zwischen muslimischen 'Freiheitskämpfern' und der indischen Armee immer heftiger und mündeten im zweiten pakistanisch-indischen Krieg, der durch Vermittlungsbemühungen der UNO geschlichtet wurde.

Zu dieser Zeit wurde in London von M. Butt und Amanullah Khan die 'Jammu and Kashmir Plebiszit Front'

Pakistans als Nationalstaat, solange diese Philosophie nicht erfolgreich umgesetzt ist.

Das Gefühl der Unsicherheit wurde angesichts des Wegbrechens von Ostpakistan als Resultat von (West-)Pakistans eigener Unfähigkeit, das Urteil der Moslems bei den ersten freien Wahlen zu respektieren, nur verstärkt. Nach der Trennung Ostpakistans verblieb ein Land, in dem einerseits die Menschen lebten, die in ihrem Innersten das 'Konzept Pakistan' bis zum Vorabend der Teilung 1947 abgelehnt hatten. Andererseits bestand der Staat aus jenen aus Indien Eingewanderten Moslems, die auf der Suche nach dem versprochenen Heimatland nach Pakistan kamen. Letztere, konfrontiert mit permanenter Diskriminierung, gründeten ihre eigene politische Partei, die 'Mohajir National Front' (MQM), um für ihre Rechte zu kämpfen.

Die Flucht hin zur islamischen Identität mit seiner Orthodoxie und seinem Fundamentalismus unter General Zia-ul-Haq war der Versuch, die Legitimität des Natio-

(JFPF) gegründet. Ziel der Organisation war der Kampf für ein unabhängiges, souveränes Kashmir, das die Gebiete des pakistanischen Azad-Kashmir, das nördliche Baltistan und Gilgit und das indische Jammu und Kashmir umfassen soll. Seit M. Butt 1976 von der indischen Regierung verhaftet und hingerichtet wurde, entwickelte sich die Organisation in eine Guerillabewegung. Sie nannte sich in 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) um. Ihr Führer ist Amanullah Khan (siehe auch Interview mit ihm in dieser Ausgabe). Eine weitere militante Gruppierung ist die 1974 gegründete 'Jammu and Kashmir Peoples League' (JKPL). Ihr Ziel war eine Kampagne gegen den von Indira Gandhi und Sheikh Abdullah, dem Begründer der kashmirischen Partei 'All Jammu and Kashmir National Conference', geschlossenen Pakt. Die JKPL hat sich heute in zwei Gruppen gespalten. Der Flügel des von der indischen Regierung verhafteten Shabbir Shah soll die politische Szene dominieren. Er findet vor allem bei der jüngeren Generation Unterstützung. Forderung ist die Durchführung der UN-Resolution von 1948, wonach in Kashmir ein Referendum erfolgen muß. Neben diesen, die politische Situation beherrschenden Organisationen gibt es noch religiös-politische Parteien wie die 'Jammu Kashmir Jamaat-e-Islami', die 'Jammu Kashmir Awami-Majlis-e-Amal' und viele kleine Splittergruppen. Diese wünschen eine Angliederung Kashmirs an Pakistan.

Letzter Auslöser für die sich zuspitzende Situation war eine Ausgangssperre, die von der Regierung in Neu Delhi Ende letzten Jahres über Srinagar und andere Städte der Region verhängt wurde, nachdem eine öffentliche Protestkundgebung der 'Freiheitskämpfer' stattgefunden hatte. Nach den Kundgebungen kam es durch das Eingreifen indischer Armeeeinheiten zum offenen Kampf.

nalstaats abzusichern, woraus die Ansprüche auf Kashmir einerseits und die Einmischung in Afghanistan andererseits erwachsen. Das Shimla-Abkommen von 1972 war jedoch eine Anerkennung der Gebietsrealitäten. Zulfikar Bhutto war scharfsinnig genug zu erkennen, daß eine Orientierung zum Westen hin das Unsicherheitsgefühl, das dieser Philosophie innewohnt, reduzieren könnte. Doch seine Einmischung und sein Eingreifen in Afghanistan sollten zu weitreichenden Konsequenzen führen.

In Erinnerung gerufen werden muß auch, daß Pakistan in der Vergangenheit bereits zwei Versuche zur Annektierung Kashmirs unternommen hat, abgesehen von den vielen nicht durchgeführten Plänen. In beiden Fällen lautete die Strategie Infiltration, Unruhe stiften und Kontrolle ergreifen, notfalls mit militärischen Mitteln. Beide Versuche scheiterten aber an der Bevölkerung, vor allem an der moslemischen, die nicht mitemachte. Mit Hilfe einer verbesserten Planung und den Erfahrungen aus den Experimenten mit dem Leben von

Die Ursachen für die politischen Unruhen liegen nach pro-pakistanischer Auffassung in einer 40-jährigen Unterdrückung der Muslim Bevölkerung. Der bewaffnete Widerstand, der im Juli 1988 begann, lehnt sich gegen die Fremdherrschaft Neu Delhis auf. Der Konflikt, auf den nun auch die Blicke der islamischen Welt gerichtet sind, internationalisiert sich zusehends. Er ist zu einem ernsthaften Problem für Indien geworden. Neu Delhi veranlaßte kürzlich die Ablösung des Ministerpräsidenten von Kashmir, Dr. Farooq Abdullah durch den Generalgouverneur Jagmohan. Auf seine Veranlassung wurde die indische Militärpräsenz weiter verstärkt.

Korruption, Arbeitslosigkeit und Manipulation während der indischen 'assembly'-Wahlen in Jammu und Kashmir 1987 führten zu einer immer größer werdenden Popularität des separatistischen Lagers und der muslimischen Fundamentalisten. Durch die Eskalation des Konflikts werden die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan nachhaltig belastet. Indien wirft Pakistan vor, die "aufrührerische Masse" zu unterstützen und im an das indische Jammu und Kashmir angrenzende Azad-Kashmir auszubilden. Pakistan weist diese Vorwürfe zurück.

Sowohl die Regierung von V.P. Singh als auch die Position der pakistanischen Regierungschefin Benazir Bhutto sind zu instabil, was eine baldige bilaterale Lösung des Konflikts erschwert. Singh ist im Parlament auf die Stimmen der hindu-nationalistischen BJP angewiesen, die äußerste Härte beim Vorgehen gegen die Aufständischen verlangt. Bhutto, die unter dem Druck eines parlamentarischen Mißtrauensvotums steht, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Moslems in Kashmir nicht ausreichend zu unterstützen.

Angelin Malik

Afghanistan sowie mit US- und saudiarabischer Finanzhilfe, Ausrüstung und Sachkenntnis und einer ergänzenden Strategie, Unruhe durch die Unterstützung von secessionistischen und terroristischen Aktivitäten im Punjab und in Jammu/Kashmir zu schüren, erwartet Pakistan eher einen Erfolg im Erreichen seines Ziels. Natürlich kann dies nur dann erreicht werden, wenn wir mit unserer Innenpolitik zuerst einmal die Grundlagen dafür schaffen.

Pakistan geht heute aufgeklärter vor als noch 1947 oder 1965. Es gewährt militanten Gruppen und Terroristen in Jammu/Kashmir offene und verdeckte Unterstützung über die Führer von 'Pakistan Occupied Kashmir' (POK; Anm.: der pakistanische Teil Kashmirs wird in Indien als POK bezeichnet). Indien wurde durch Benazir Bhuttos Bekundungen der Anerkennung des Shimla-Abkommens und die Aussichten auf eine Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen in ein Stadium der Selbstgefälligkeit versetzt. Die Unterstützung der USA während des letzten Jahrzehnts steigerte Pakistans